

Nationale Rohstoffsicherheit!**G&D 2012-9****Deutschland entdeckt in Afrika neue Konkurrenz - und seine Entwicklungspolitik neu****Inhaltsverzeichnis**

1. „Exportnation“ und „ihr“ „Rohstoffmarkt“.....	1
2. „Rohstoffländer“: „Rohstoffreichtum“ - „Arme Länder“.....	1
3. „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ - Lüge und Wahrheit.....	2
4. Zwischenbilanz: eine brauchbare Weltmarkt-Ordnung.....	3
[ggfs. Exkurs oder Nachtrag zu Nichtregierung-Entwicklungshelfern.....	3
5. „Gestörte Weltmärkte“, „verzerrter Wettbewerb“, „landgrabbing“: ein neuer Konkurrent stört mächtig.....	4
6. „Rohstoffsicherung“ als „Entwicklungspartnerschaft“: Vom Besitzstand zum Kampf in der Neuaufteilung.....	5
ggfs. Nachtrag: Land grabbing – Neokolonialer Landraub oder moderner Imperialismus?.....	6

E:

2008 beschließt die EU eine „Rohstoffinitiative“(II). 2009 beauftragt sich die neue Bundesregierung zu einer neuen Arbeitsteilung von AA, BM für Wirtschaft und Technologie, BMZ in Sachen „Rohstoffsicherheit“. FDP-Niebel, in der Opposition für Auflösung des E-Ministeriums, besorgt als sein neuer Chef mehr Mittel. 2010 veröffentlicht die Bundesregierung eine „Rohstoffstrategie“(I), 2011 ein neues „Afrika-Konzept“. 2010 gründet die Bundesregierung die „Deutsche Rohstoffagentur“ aus der seit 1958 geführten „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ aus. 2012 gründen deutsche Unternehmenschampions eine „Rohstoffallianz“. Was ist da los? (Vortrag beschränkt auf Fall Afrika als Rohstoffexporteur)

1. „Exportnation“ und „ihr“ „Rohstoffmarkt“

Die vielen *staatlichen* Anstrengungen stehen – scheint es – in Widerspruch zum dt. Befund über den Weltmarkt für Rohstoffe, dem sie gelten:

„Deutschland ist als Industrieland und Exportnation in besonderem Maße auf eine sichere Rohstoffversorgung angewiesen.“ „Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft und eines fairen Welthandels gleichen sich Angebot und Nachfrage auch bei Marktänderungen immer wieder aneinander an. Funktionierende Märkte sorgen so für stabile Verhältnisse und langfristige Versorgungssicherheit.“ (I)

Aber, was so harmlos klingt - gelungene Versorgung durch Arbeitsteilung & Tausch-, enthält gar nicht Harmonisches: a) „Exportnation“, als die will D passend versorgt sein. Also als nationaler Kapitalismus, der sich dauernd am Rest des Weltmarkts mit Exporten bereichert; dafür dauernd und wachsend Warenmassen kostengünstig herstellen lässt und dafür 1. billige Rohstoffe in 2. entsprechend wachsenden Massen beansprucht.

„Exportnation“: Da ist ein Erfolgsstatus D's in der Weltmarkt Konkurrenz der Nationen als Daueranspruch festgeschrieben, dem der Weltmarkt genügen muss, damit D mit ihm zufrieden ist.

Man ahnt, ein Staat wie D steht nicht auf dem Standpunkt seiner (neo)liberalen Ideologen 'Der Markt soll entscheiden', sondern betreut mit „Rohstoffstrategien“, also mit politischer Macht diesen Markt.

b) Dafür argumentiert deutsche wie europäische Politik mit etwas sehr notwendig Klingendem: Demnach *„ist die EU stark abhängig von Einfuhren strategisch wichtiger Rohstoffe...bei Hochtechnologiemetallen wie Kobalt, Platin, seltene Erden und Titan hochgradig importabhängig.“(II)*

Ohne Zweifel, Rohstoffe werden aus fremden Hoheitsgebieten eingeführt – soll D, Europa halt die Ansprüche der Rohstoffländer befriedigen, damit sie liefern?! Als Bereitschaft zu Zugeständnissen, ist die Parole „Abhängigkeit aber erst mal nicht gemeint. Sondern als Auftragslage – wie ein Sachzwang -, mit deutscher und europäischer Macht für „Rohstoffsicherheit“ zu sorgen. Also für die Überwindung einer Angewiesenheit auf den Willen der Rohstoffländer.

2. „Rohstoffländer“: „Rohstoffreichtum“ - „Arme Länder“

Wenn von „rohstoffreichen“, „Rohstoff exportierenden“, kurz „Rohstoff-Ländern“ die Rede ist, meint das nicht allein den geologischen Fund; und exportieren tut auch D manchen Rohstoff, aber keiner nennt D Rohstoffland. Das meint nämlich, dass die Wirtschaft des Landes sich wesentlich in Förderung / Anbau und Export von Rohstoffen erschöpft (Musterfälle in Afrika). Schon das erklärungsbedürftig.

Erst recht das – scheinbare – Paradox, das deutsche Rohstoffstrategen behaupten:

„Auch Entwicklungs- und Schwellenländer verfügen über zahlreiche fossile und mineralische Rohstoffe, die am Weltmarkt stark nachgefragt werden. Doch in vielen Entwicklungsländern trägt der Rohstoffreichtum nicht zur nachhaltigen Entwicklung bei.“ (I)

Immerhin ist als Unwahrheit offengelegt, dass der Weltmarkt für Rohstoffe ein 'Ausgleich' – s.o. - der Interessen von Anbieter- und Nachfragerstaaten ist: Dem Erfolgsstatus einer deutschen Exportnation steht da der Typ Rohstoffstaat gegenüber, der nicht vom Fleck kommt. Aber warum?

- Erstens weil „Rohstoffreichtum“ gar kein Reichtum ist, schon gar nicht im Kapitalismus. Zwar hat die Natur

manchen Landstrich mit speziellen *Quellen* für Reichtum ausgestattet, aber ohne Arbeit wird daraus kein *Reichtum*. Zudem: Im Kapitalismus ist auch bearbeiteter Rohstoff kein Reichtum, sondern nur, was sich mit Gewinn zu Geld machen lässt.

- Zweitens kostet das im Kapitalismus aber zuerst einmal Geld. Da muss eine politische Gewalt finanziert sein, die Investoren – egal ob heimische oder ausländische – „langfristig“ garantiert, dass ihnen Land zur geschäftlichen Ausbeute als Mine oder Plantage zusteht, exklusiv gegen jeden im Lande; da muss Kapital in einen Produktionsapparat zur Umwandlung von Rohstoff in Handelsware und in eine Infrastruktur zu ihrem Abtransport gesteckt werden, einzig Kapital setzt im Kapitalismus Arbeit in Gang; da muss sogar Geld für die Arbeitskraft bedürftiger Leute bezahlt werden – die vergleichbar einfachste Abteilung. All das Geld braucht ein „rohstoffreiches“ Land - und hat es nicht, sondern will es aus Rohstoffen erst machen. Und dieser Bedarf nach Geld ist einer nach auswärtigem, nach \$, € usw., weil es die erforderlichen Herrschafts- und Produktionsmittel nur in den kapitalistischen „Industrienationen“ zu kaufen gibt.
- Dieser nationale Devisenbedarf steht fest und bleibt bestehen, wenn es (wie auch immer) gelingt, den Rohstoffexport als kapitalistische Unternehmung in Schwung zu bringen. Der Rohstoffexport aber ist drittens eine prekäre Geldquelle, unangemessen gegenüber dem Devisenbedarf der Rohstoffländer und auch wegen deren Devisenbedarfs. Denn, was RL wollen, Rohstoffe exportieren, müssen sie auch. Die Käufer aber, die importierenden \$-, €Kapitale machen ihre Nachfrage allein nach ihren Rentabilitätskalkulationen: a) je nach ihrer Konjunkturlage; b) damit sich ihre Rohstoffkosten rechnen, senken sie sie durch Kapitaleinsatz für ökonomischere Rohstoffverwendung und für Ersatzstoffe (z.B. derzeit. Ölschiefer). So schwanken die Rohstoffpreise mit den Geschäftszyklen in den Kapitalmetropolen bzw. den Spekulationen auf sie und sinken, mitunter selbst wenn weltwirtschaftliches Wachstum herrscht. Wenn dann noch die Industrieländer zusammen mit ihren potenten Kapitalen für Neuerschließung von Rohstoffquellen und „Diversifizierung“ ihrer Rohstofflieferanten sorgen, ist der Markt für Rohstoffländer systematisch prekär: RL konkurrieren gegeneinander um unbedingt nötige Erträge mit angebotenen Mengen, was die Abnehmer zu Preissenkungen ermächtigt.
- Das Resultat viertens: Rohstoffländer starten mit Devisenbedarf und machen eine Weltmarktkarriere zu – Schuldenländern: Das sind nicht die Staaten mit den höchsten Schulden, nicht mal die mit den höchsten Auslandsschulden, sondern die Länder, die Schulden haben, aber keinen Kapitalismus auf dem eigenen Standort, der aus dem geliehenen Kredit Kapitalwachstum macht, aus dem sich dann die Schulden, ja sogar mehr Schulden bedienen lassen. Diese Schuldenländer haben nur Schulden und „Rohstoffreichtum“. 1999 hat der GS mal den G7-Schuldenerlass erläutert: Die gesamte Nationalökonomie dieser Schuldenländer wurde da mit einer einzigen Kennziffer bewertet, das Schulden/Export-Verhältnis, die Schuldentragfähigkeit via Export: Ist S/E kleiner oder größer 1? Erstere (<) mussten ihre Schulden weiter bedienen, zweitere (>) auch, aber es wurden ihnen dafür etwas erlassen. Das ist das fertig entwickelte Rohstoffland: Das seine Rohstoffe exportieren muss, weil es Schulden bedienen muss, also Rohstoffland bleiben muss.
- Fünftens sind in diesen Ländern mächtige Gründe für zwei Folgewirkungen installiert: für internen Machtkampf und für Massenverelendung. Wenn das auswärtige Geld, das im Verkehr mit den Rohstoffkonzernen und den auswärtigen Kreditgebern zu ergattern ist, die entscheidende Bereicherungsquelle im Lande ist, dann dreht sich um Beteiligung daran alle politische Gefolgschaftstreu genauso wie alle Konkurrenz derer im Lande, die überhaupt etwas an Macht mobilisieren können. Für die Menschenmassen im Lande aber bewirkt die Rohstoffökonomie, dass eine Subsistenz von den Früchten der Natur immer weniger geht, sie sich Lebensmittel also kaufen müssen bzw. müssten, aber mangels Gelderwerb nicht können. Denn diese Sorte Kapitalismus im Lande braucht sie nicht als Arbeitskraft, zahlt also nichts.

3. „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ - Lüge und Wahrheit

Von dieser Erklärung wollen deutsche Politiker nichts wissen; wie auch, sie würden sich als Urheber outen.

Die Ergebnisse aber sind ihnen vollkommen bekannt. Rohstoffstrategen wie Entwicklungspolitiker schönfärben die Zustände der Rohstoffländer nicht, sondern schildern den brutalen Gewalteinsatz gg. Bevölkerung, den Machtkampf um Pfründe, das Massenelend, die Schuldenfalle und den Zerfall von Staaten in Kampfgebiete. Nur ein Beispiel:

„Rohstoffreichtum kann auch zu Korruption führen, mitunter werden damit bestehende Konflikte finanziert oder neue bewaffnete Konflikte ausgelöst.“ (I)

Gekonnt gelogen: Als wären die Rohstoffe die Ursache und nicht das Geschäft mit ihnen und die daran hängende „Finanzierung“ der Machthaber in den Rohstoffländern. Und gekonnt die Konsequenz: D ist nicht für die Ursachen, sehr wohl aber für die Betreuung der schrecklichen Folgen zuständig. In D dafür eigenes Ministerium, es heißt „wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“. Worum geht es da?

a) Verantwortung für die Ursachen der katastrophalen Zustände in Rohstoffländern lehnen D und sonstige „Industrienationen“ ab mit dem Argument, sie seien die einzigen, die diesen Ländern überhaupt Geld bescherten.

Gezahlt werde der Weltmarktpreis, also der einzig gerechte. Ideologisch und propagandistisch wird das Konkurrenzergebnis damit eine geklärte Schuldfolge: Die RL kommen mit ihrem Geld nicht zurecht, es versickert in

„korrupten Eliten“...Die Wahrheit: Bezahlung der Macht, also der Eliten, ist der Begriff der Zahlung an RL. [Rente]

b) Praktisch steht damit eine Festlegung von Entwicklungspolitik fest: Rohstoffstaaten werden als Schulden- und als Rohstoffländer betreut, sollen das also bleiben! RL ist fertige Entwicklung, „Entwicklung“ insofern unwahre Zielangabe für BMZ. EP bindet Zuwendungen an Hineinregieren eindeutiger Art: „Offenlegen der Einnahmen“, „Einnahmemanagement“ - Länder sollen gefälligst die herrschaftliche Verwaltung, die Rohstoffgeschäft braucht, zustande bringen, mit dem Geld, das Weltmarkt abwirft. (s.a. Cotonou-Abkommen)

c) Analog die „angepasste Hilfe“ für die Massen: Beim Arm-sein und Hungern helfen. Mit einer Wahrheit zynisch begründet: Billionen für Entwicklung der Staaten hätten den Massen doch nichts genutzt – wie auch, s.o. Jetzt wird die Hilfe angepasst an das, was die Weltmarktbenutzung ihrer Landstriche aus den Massen gemacht hat.

d) „Entwicklungszusammenarbeit“ mit den Rohstoffländern beseitigt also nicht die Probleme dieses Typs von Staaten, schon gar nicht die Existenznöte der Völker dort. Sie betreut die Probleme, die diese Länder und ihre entwurzelten Menschenmassen Staaten wie D machen: „Gutes Regieren“ verlangt von den RL Ordnung mit reduzierten Finanzmitteln; „Armutsbekämpfung“ verlangt Bewältigung des Massenelends vor Ort als dauernder Regelzustand, von dem auch die nationalen Regierenden als bleibendem Zustand ihres Staatsvolks ausgehen sollen (Spektrum: vom Geschäft mit einer Geldarmutswirtschaft („Mikrokredit“ für „Kleinbergbau“) bis zum reinen Einsperren von Elendsfolgen wie Flüchtlingen, Seuchen...). Zu Lasten der dortigen Herrschaften oder sogar an ihrer inneren Hoheit vorbei – NGOs -, was für nationale Herrscher auch in Afrika wahrscheinlich das Unerträglichste ist.

4. Zwischenbilanz: eine brauchbare Weltmarkt-Ordnung

„Stabile Versorgung“ für die deutsche „Exportnation“ und Hilfe für die Rohstoffländer beim sparsamen Haushalten mit den Einnahmen und bei der Armenbetreuung – so ging der „faire Welthandel“ für Deutschland lange Zeit in Ordnung. Und nicht nur für D. In den UN-Millenniumszielen haben die kapitalistischen Führungsnationen diese Zustände als Ordnung und ihre Betreuungs-Zuständigkeit zementiert:

einerseits: *„Ein offenes Handels- und Finanzsystem, das auf festen Regeln beruht, vorhersehbar ist und nicht diskriminierend wirkt, soll weiter ausgebaut werden...Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend und wirksam angegangen werden, damit ihre Schulden auf lange Sicht tragbar werden“*

andererseits: *„Extreme Armut und Hunger beseitigen...Die Kindersterblichkeit senken...HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen“*

Das ist Weltmarkt-Ordnung: zuverlässig in Sachen Einordnung der RL – um deren Ausnutzung die westlichen Kapitale und Nationen systemgemäß heftig konkurrieren – unter sich!

[ggfs. Exkurs oder Nachtrag zu Nichtregierung-Entwicklungshelfern

a) Sie übernehmen distanzlos die aktuell *hergestellte Schadenslage* sowohl bei den Rohstoffstaaten als auch beim Massenelend als *Maß ihres Entwicklungs-Engagements*: Wenn RL Schulden haben, muss man ihnen beim Schuldendienst helfen; wenn die EU ihnen auch noch Rohstoffpreisstabilisierungsfonds streicht, plädiert man (weed) für die Erlaubnis von Exportzöllen auf Rohstoffe usw.; wo Massenarmut, muss Hilfe zu Leben in Armut passen. Das ist Hilfe als Standpunkt, der auch explizit schnell antikritisch wird: 'Hungernden hilft keine Ursachenforschung!' Stimmt sogar. Nur: Hilfebedarf selbst ist der Einwand gegen den Weltmarkt, der diesen Bedarf produziert. Die NGOs aber geben im Namen von Hilfe dem Zynismus der Weltmarktmächte recht, die aus den katastrophalen Lagen, die sie selbst anrichten, ihre Zuständigkeit als Betreuungsmächte legitimieren.

b) Das die Mächte das angeblich 'nicht, nicht konsequent, richtig...' machen, das ist dann die Kritik der NGOs an den Imperialisten. Womit die als zwar schlechte, aber zuständige Helfer geadelt sind.

Die dazu gehörende Kritik taugt dann nix: 'Nahrungsmittelhilfe hilft nicht, sondern tötet', Kleinbauern z.B. Phänomen stimmt sogar: wirtschaftlich mittellose Kleinbauern sind sofort ruiniert, wenn ihre armselige Kundschaft ausfällt, weil EU eine grad ausufernde Hungerkatastrophe mit etwas Hungerhilfe aus den Gammelfleischbeständen eindämmt. Aber dagegen sind die NGO-Helfer wirklich für Konservierung der eingerissenen Elendsgeldwirtschaft zwischen Kleinbauern und Slumbewohnern. Die der Grund der haltlosen Kleinbauerei ist.

c) 'Schuldenhilfe an Regierungen an Achtung der Menschenrechte knüpfen!' Da werden diese Helfer ausdrücklich zu Propagandisten des imperialen Regimes der Macherstaaten über die EL. Wieder mit Verweis auf Wahres: Dort ist Regieren oft Terrorisieren der Bevölkerung. Warum? Das interessiert diese NGOs wieder nicht: Das Land für die Rohstoffexportwirtschaft zu reservieren gegen die ortsansässige Bevölkerung, also rein negativer Bezug auf Bevölkerung, das ist das wesentliche Herrschaftsprogramm und die entscheidende Finanzquelle für Staat dort. Genau das verlangen die kapitalistischen Führungsnationen, die NGOs als Menschen(rechts)retter anrufen.]

Und nun das:

5. „Gestörte Weltmärkte“, „verzerrter Wettbewerb“, „landgrabbing“: ein neuer Konkurrent stört mächtig

Unter solchen Überschriften ist man seit ca. 2006 in D, in EU, im Westen zunehmend unzufrieden mit den Rohstoffmärkten und auch mit den Rohstoffländern, gerade auch in Afrika. Nicht dass es einen Rohstoff nicht oder nur zu unrentablen Preisen gibt, die Anklage ist prinzipieller – und aufschlussreich:

„Die stark gestiegene Nachfrage nach zahlreichen wichtigen Industrierohstoffen hat allerdings dazu geführt, dass verschiedene Länder handelspolitische Maßnahmen (u. a. Exportzölle, Exportquoten, Importvergünstigungen) ergriffen haben, die die jeweilige heimische Industrie begünstigen und damit den internationalen Wettbewerb verzerren.“ (I)

Die Nachfrage, die da „verzerrt“, ist die der Schwellenländer, vor allem die Chinas.

Ausschlussreich, dass die Bundesregierung die Nachfrage als Problem ins Visier nimmt. Tut sie deshalb, weil von den Anbietern, den Rohstoffländern keine Störung zu erwarten war; die waren mit ihrer Alternativlosigkeit zu verkaufen, im Griff. China aber und andre zahlungskräftige Nachfrager konkurrieren erstens um Mengen und Preise mit den nachfragenden Kapitalen des Westens und eröffnen zweitens den Rohstoffländern Alternativen!

Das ist die von D und EU inkriminierte Störung: Die Weltrohstoffmärkte sind für D und den Westen nicht länger im Griff = ihre „langfristige Versorgungssicherheit“, sondern – offene Konkurrenz, bloß Markt, nicht ihr Markt!

Von diesem Standpunkt aus, dass der Rohstoffmarkt „uns“ gehört, werden ganz marktwirtschaftskonforme und übliche Praktiken im Rohstoffweltmarkt Anstoß, wenn China sie macht:

a) China kauft in Rohstoffländern Massen Rohstoffe ein; hat die Macht dafür in Massen Weltgeld aus seinem Welthandelsüberschüssen; recycelt sein Geld sogar aus den Rohstoffländern durch Export von Industrieware, auch von chinesisch billiger für mikrozahlungsfähige Kundschaft in Afrika. Das Unerträglichste aber:

„Schwellenländer verfolgen zunehmend Wirtschaftsstrategien, die auf den Schutz ihrer Rohstoffbasis gerichtet sind, um ihren eigenen nachgelagerten Industriezweigen Vorteile zu verschaffen.“ (II)

China hat Rohstoffstrategie einer „Exportnation“ und kommt den etablierten Ausnutzern des Weltmarkts in die Quere!

b) China hat Investoren; die kaufen sich in Minen ein und pachten in Afrika große Landflächen für Biorohstoffe – und bekommen einen Vorwurf: „landgrabbing“ = Landraub. *„Schwellenländer verfolgen gegenüber rohstoffreichen Ländern auch Strategien, mit denen sie offensichtlich darauf abzielen, privilegierten Zugang zu deren Rohstoffvorkommen zu erhalten.“* (II)

Zugriff mittels Kapital auf Land, sachgemäß ist der exklusiv, Eigentum, im Westen Systemprinzip und heiliges Recht!

Wenn es aber der Konkurrent China erwirbt, wenn China diese kapitalistische Härte betreibt: exklusives Eigentum an natürlichem Lebensraum, denunzieren Westler das als „Privileg“, als Raub-Recht. Als gäbe es in ihrem weltweiten Kapitalismus ein Recht aller auf allgemeinen Zugang.

Dabei kann man bei den deutschen Rohstoffstrategien selbst noch lesen, D müsse sich seinerseits exklusiven Zugriff sichern, denn Rohstoffvorkommen und fruchtbare Böden seien nicht „beliebig vermehrbar“.

Bis hier werfen deutsche und europäische Politiker der VRC ihre eigenen Weltmarktpraktiken vor. Was sie stört, ist: China hat es im Weltmarkt zu einer Geld- und Kapitalmacht gebracht, mit der es auf Rohstoff- und Absatzmärkten sich erfolgreich als gleichrangiger Konkurrent durchsetzt.

c) Aber China stört nicht allein als ökonomischer Konkurrent:

„China ist zu einem wichtigen Geberland von Entwicklungshilfen geworden. Mit 110 Milliarden Dollar soll die Volksrepublik schon mehr Geld verliehen haben als die Weltbank - doch unklar ist, zu welchem Preis...“

Weil aber zumindest ein Teil der chinesischen Hilfe an Militärregimes und Diktaturen fließt, wird die Pekinger Vergabepolitik im westlichen Diskurs häufig als „Schurkenhilfe“ bezeichnet. China stellt, anders als die westlichen Länder und der IWF, offiziell keine politischen Bedingungen an die Empfängerländer. Wie in der Außenpolitik verfolgt die Volksrepublik China in der Entwicklungshilfe eine Politik der „Nichteinmischung“. (FAZ 02.01.2012)

„Dabei bedient sich China zur Sicherung von Marktzugängen Methoden, die von den Europäern in den siebziger Jahren praktiziert worden waren und heute als politisch unkorrekt gelten. China stellt keine Forderungen nach guter Regierungsführung oder Transparenz. ...Die chinesischen Verhandlungsführer haben keine Probleme damit, Abschlüssen mit Geldzuwendungen nachzuhelfen: Hauptsache, man bekommt den Fuß in die Tür.“ (FAZ 12.05.2006)

Einerseits offenherzig, andererseits verlogen: Nicht weil heute es „politisch unkorrekt“ ist, sparen sich Europas Rohstoffhändler Bestechungsgelder – die haben bzw. hatten das nicht mehr nötig gegenüber ihren Schuldenländern; nicht wg. political correctness regieren Europas Rohstoff- und Entwicklungspolitiker in Afrikas Staaten hinein – die Erpressungsmacht haben bzw. hatten sie sich erworben bei den zugerichteten RL, die verkaufen müssen.

Und jetzt das: Diese von den westlichen Gläubigern erfolgreich hergestellte Kreditnot der Rohstoffländer nutzt die VRC für sich aus. China schenkt Afrikas Staaten gar nichts, sondern gibt auch nur Kredit, macht sie also auch zu Schuldnern. Aber zu seinen, also China zum Gläubiger.

Und zwar, indem China etwas an imperialistischer Erpressung unterlässt. Das werfen Europas Strategen der VRC vor. Theoretisch absurd, eine Unterlassung als Untat zu inkriminieren. Aber bitter ernst: Was Europas Strategen China nicht durchgehen lassen wollen, ist gar nicht nur sein geschäftlicher Erfolg als Kreditgeber, sondern eine Störung der Ordnung ihres Rohstoff-Weltmarkts. Diese wunderbare Ordnung ist nämlich nichts anderes als das neulich noch so alternativlose Erpressungsverhältnis, in dem die „Industrieländer“ die „Rohstoffländer“ als „Schuldenländer“ hatten. *„Ist China dabei, Afrika zu übernehmen? Der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade jedenfalls machte in einem*

Beitrag für die Londoner „Financial Times“ zu Beginn des Jahres eine einfache Rechnung auf: Mit der Weltbank muss er bis zu fünf Jahre über die Finanzierung von Infrastrukturprojekten verhandeln, mit den Chinesen hätten die gleichen Verhandlungen genau drei Monate gedauert. Und darauf komme es an: Afrika braucht Infrastruktur, nicht morgen, sondern heute. Und die Chinesen liefern sie.“ (FAZ 29.05.2008) Den Mann ist der Westen ja los geworden.

6. „Rohstoffsicherung“ als „Entwicklungspartnerschaft“: Vom Besitzstand zum Kampf in der Neuaufteilung

Die Verurteilung der neuen chinesischen Konkurrenz durch Europas Staaten ist die Begleitmusik zu einen neuen Konkurrenzkampf um – Klartext: „Zugriff auf Rohstoffe“. Eine Widerlegung, auf dem Weltmarkt herrsche (Neo)Liberalismus. D, Europa, Staaten wollen die neu eingerissene Marktlage *korrigieren*. Eine Widerlegung auch, allein der im Westen geschmähte chinesische 'Staatskapitalismus' setze Zugriff auf Rohstoffe politisch durch: Gegen ihn stellen sich die westlichen Staatenmächte auf und hinter ihre Kapitale.

a) Das geht los mit einer Selbstkritik: Europa und D hätten sich zu sehr auf Versorgung durch die Märkte verlassen. Stimmt nicht ganz, man hat auf die Abhängigkeit und Erpressbarkeit der Rohstoffländer auf dem Rohstoffmarkt gesetzt. Aber steht für Programm: Politische Macht mobilisiert öffentliche Finanzen und lenkt auch privates Kapital zur Änderung der Konkurrenzverhältnisse am Rohstoffmarkt.

„Die deutsche rohstoffverarbeitende Industrie ist in den 1990er Jahren fast vollständig aus dem internationalen Bergbau ausgestiegen. Unter derzeitigen Marktbedingungen ist der Wiedereinstieg in produzierende Rohstoffgewinnungsprojekte nach Angaben der Wirtschaft aufgrund der hohen finanziellen Hürden für die deutsche Industrie nur schwer realisierbar. Gleichwohl muss aus Sicht der Bundesregierung dieser Weg in die Rückwärtsintegration eingeschlagen werden.“ (I) Der eine Schritt: „Rohstoffallianz“ der Multis auf dt. Standort, unterstützt vom Staat. (Derselbe Zweck bei Wieder- und Neueröffnung von Rohstoffabbau in Europa, also unter eigener Hoheit, samt Befreiung von Umweltauflagen.)

Der andre Schritt: Den Globus andererseits prospektiert die neue dt. Rohstoffagentur neu zwecks Erschließung neuer Vorkommen; nach der markt-strategischen Vorgabe, dass „Diversifikation“ der Lieferländer deren Konkurrenz verschärft, also die Käuferposition der „Industriation“ D verbessert.

b) Zweitens werden die alten und prospektiv neuen Rohstoffländer durch die alte Brille neu durchleuchtet:

„Viele bedeutende Rohstoffvorkommen befinden sich in den Entwicklungsländern Afrikas und anderen Entwicklungsländern. Es empfiehlt sich, die EU-Entwicklungspolitik auf diskriminierungsfreien Zugang der EU zu Rohstoffen auszurichten.“ (II)

Die Zahlungsnöte und der Kapitalmangel dieser Länder werden ganz offen Hebel, dafür, sie – wohin?! - zu entwickeln: zu „unseren“ Rohstoffländern. Deutsche Politik verhehlt nicht, was das ist:

„Beispielhaft für die Tätigkeit des BMZ im Rohstoffbereich ist die Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei. Das BMZ fördert die Beratung und Ausbildung bei der entwicklungsorientierten Nutzung der Rohstoffvorkommen in dem ostasiatischen Land. Die Mongolei ist Teilnehmer der Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI). Der EITI-Prozess soll dazu beitragen, dass die Einnahmen aus der Rohstoffförderung auf nachvollziehbare Art und Weise in die öffentlichen Haushalte gelangen und dann zur Verminderung der Armut eingesetzt werden.“ (BMZ)

Es geht also nicht darum, diesen Ländern – wg. China – doch wieder Zugeständnisse und Aufstiegsmittel einzuräumen: die sollen zu *rohstoffreichen und armen* Ländern „entwickelt“ werden, wie gehabt – aber möglichst exklusiv D / EU zugeordnet. Solche Rohstoff- bzw. Entwicklungspartnerschaften wollen EU und D mit allen einschlägigen Ländern. Darin bekommt das BMZ seine aktualisierte Bedeutung als Hebel deutscher Außen-/wirtschaftspolitik.

Flankierend drohen EU und D den Rohstoffländern, die keinen exportzollfreien Zugriff auf ihre Erze und Erden einräumen, mit Ausschluss vom EU-Markt, den die – auch mit China als Abnehmeralternative – immer noch existenziell brauchen. Dieselbe Drohung, wenn sie die europäischen Kommissare für „good governance“ nicht „transparent“ die Verträge, Einnahmen, Einnahmeverwendung überwachen lassen. (ebenso: „Blut“-Rohstoffe)

c) Drittens: Auch Rohstoffländern, in erster Linie aber den neuen Konkurrenten, den Schwellenländern, kommen die EUler ausdrücklich mit Handelskrieg: Sie wollen

dafür sorgen, dass alle von den Exportländern praktizierten Formen der Preisdiskriminierung bei Rohstoffen im Rahmen von Antidumpingverfahren behandelt und abgestellt werden. Außerdem stehen die Verordnung gegen Handelshemmnisse und Instrumente wie Schutz- und Antisubventionsmaßnahmen zur Verfügung, um gegen Wettbewerbsverzerrungen im Rohstoffhandel oder ihre Folgen wie Export von nachgelagerten Produkten zu Dumpingpreisen vorzugehen.“ (II)

EU-Imperialisten machen ernst mit ihrem Rechtsstandpunkt, bei den neuen Konkurrenten seien Exporterfolge mittels kostengünstiger Rohstoffe unzulässiger Wettbewerb, dafür verfolgen sie den Weg der Rohstoffe; aktuell Solarindustrie der VRC.

d) Die Wahrheit über den freien und friedlichen Weltmarkt, in dem sie sich durchsetzen wollen, scheinen die Chinesen kennen:

„Der Aufsteiger muss auf dem Rohstoffmarkt mit etablierten Mächten und erfolgreichen Nachbarländern konkurrieren. Diese Ausgangslage führt zu Spannungen und in Zukunft vielleicht zu militärischen Konflikten.“ (Wang Yuesheng,

Wirtschaftsprofessor der Peking-Universität, FAZ 02.09.2011)

Kampf um (Neu-)Aufteilung: Das ist der Weltmarkt. Von wegen Quelle von Frieden.

ggfs. Nachtrag: Land grabbing – Neokolonialer Landraub oder moderner Imperialismus?

1. Wenn z.B. aus Äthiopien von saudischen Plantagen Massen an Reis und Getreide ausgeführt werden, während zugleich die Welthungerhilfe Massen an entwurzelten Kleinbauern beim Sterben hilft, halten das manche für „Irrsinn“. Stimmt, nur ist da nichts aus der Spur, sondern der Irrsinn hat System: Das Recht des Eigentums reserviert für rentable Geschäfte auch den Boden bis in den letzten Weltwinkel, und dann haben Ortsansässige, die vom Erdboden nur leben wollen, verloren. Dafür sorgt staatliche Gewalt.

2. „Neokolonial“ nennen das manche, also einen Rückfall in vergangene Zeiten gewaltsamer Landnahme, der nicht zur heutigen Weltordnung von „Selbstbestimmung der Nationen“ passe. Das stimmt nicht.

Die Staaten Afrikas, Südamerikas usw. verkaufen auf selbstbestimmte Rechnung ihr nationales Eigentum an Boden an auswärtige Kapitale und Staaten. Um das Geld zu verdienen, das sie dringend brauchen im heutigen Weltmarkt gleichberechtigter Nationen, um dort zu kaufen, was ihre staatliche Macht so braucht, z.B. gegen die Landlosen im eigenen Land.

Dass sich westliche Agrar- und Rohstoffmultis und ihre Finanzinstitute weltweit Boden und Bodenschätze einkaufen, gehört zu der Freiheit des modernen Weltmarkts, die USA, ihre imperialistischen Partner, IWF und Weltbank durchsetzen. Der Geldbedarf der kapital-armen und verschuldeten Länder, die die Konkurrenz gleichberechtigter Nationen hergestellt hat, ist ein erstklassiger Markt für die Käufer.

Neu ist, dass auch Schwellenländer mitbieten im Konkurrenzkampf um die Aneignung von Boden und Bodenschätzen im Ausland mittels Geld. Dabei haben sie nicht nur ihr Geld aus dem modernen Weltmarkt. Sondern auch ihre Gründe zur aggressiven Einkaufstour: a) die traditionellen Weltmarktmächte, ihre Kapitale und ihre Spekulanten haben nämlich weltweit eine Konkurrenz um Bio-Treibstoffe für ihren Kapitalismus und ihre Völker angerichtet, in der China, Saudiarabien usw. nicht zu spät kommen wollen; b) bei ihnen daheim hat ihr erfolgreicher Kapitalismus reichlich Boden unbrauchbar gemacht.